

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa.
Grunndr. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen.

Postkontos: Dresden 1580
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 186.

Mittwoch, 12. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Letzter. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. R. Teichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Verfassungsfeiern im Reich.

Im ganzen Reich fanden am 11. August Verfassungsfeiern statt. In München hatten die Reichsgebäude schwarz-rot-goldenen, die bayerischen Staatsgebäude weiß-blauen Flanzenfahnen angeleitet. Im Festsaal des Reichspostministeriums fand eine offizielle Verfassungsfeier der Reichsdienern statt.

In München fand die Verfassungsfeier im großen altertümlichen Saale des Rathauses statt. Die Festrede hielt Stadtrat Fischer.

In Freiburg nahmen die Bürgerschaft und die städtischen und staatlichen Behörden in großer Zahl an der Verfassungsfeier teil. Staatspräsident Dr. Sellpach hielt die Festrede.

Die Heidelberger Republikaner wanderten gestern vormittag, nachdem auf dem Marktplatz die offizielle Verfassungsfeier mit einer Rede des Oberbürgermeisters Dr. Wals stattgefunden hatte, zum Grabe Oberts, wo ein mit einer schwarz-rot-goldenen Schleife geschmückter Kranz niedergelegt wurde.

Die Verfassungsfeier der Weimarer Behörden wurde in der Aula der Universität abgehalten. Man sah viele bekannte Persönlichkeiten, auch Vitalisler des Reichsgerichts, des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik und der Universität Weizsäcker.

Das sächsische Staatsministerium hatte in Dresden eine Verfassungsfeier veranstaltet, an der sämtliche Beamte und Angestellte der Regierung, sowie zahlreiche Vertreter von Wissenschaft, Kunst und Handel teilnahmen.

Die hamburiger Verfassungsfeier im Brautsaal des Hamburger Rathauses war ein gemächliches Vorkommnis zur Idee der Selbstbestimmung der Völker nach innen und nach außen.

Die Verfassungsfeier der Preussischen Staatsregierung, die am Dienstag Abend in Berlin stattfand, brachte als Festrede eine Ansprache des preussischen Innenministers Cövering, der seine Rede mit dem Deutschlandlied ausklingen ließ. Das Philharmonische Orchester und der Berliner Volksthor unter Leitung des Generalmusikdirektors Reiber sowie zahlreiche Solisten bestritten den künstlerischen Teil des Festes.

„Wir als Polizei sind Hüter der Verfassung . . .“

Die Verfassungsfeier des Berliner Polizeipräsidiums, zu der sämtliche leitenden Beamten des Berliner Polizeipräsidiums und der Schutzpolizei erschienen waren, brachte eine Ansprache des Berliner Polizeipräsidenten Grewingk. Die Weimarer Verfassung sei nicht das Werk Einzelner, wie von ihren Gegnern oft behauptet werde; sie wurde in absolut freier Entscheidung nach einmündigen Beratungen von der Nationalversammlung mit 262 gegen 75 Stimmen angenommen. Die Unzufriedenheit im Volk sei allerdings groß, weil das Volk ungeheure Lasten zu tragen habe. Auch die Beamten, Arbeiter und Angestellte, seien in ihrer großen Masse nicht frei von aller Not. Demagogisch sei es aber, für diese Tatsache, die auch früher in ausreißender Maße vorhanden war, die Weimarer Verfassung verantwortlich zu machen. Der Redner schloß: Wir als Polizei sind Hüter der Verfassung, berufen und verpflichtet, jeden Gewaltakt abzuwehren und ihn im Keime rückstandslos zu erstickten. Wir haben die Verfassung zu schützen und zu gewährleisten, den Anordnungen einer verfassungsmäßigen Regierung Folge zu leisten. Die Polizei hat sich der größten Neutralität zu befleißigen.

Die Rheinlandkommission zur Blossenfrage.

Anlässlich der Verfassungsfeier hatte die Rheinlandkommission die Befragung der öffentlichen und privaten Gebäude mit den Landesfarben in der Pfalz verboten, wenn nicht an ihrer Seite gleichzeitig in den Reichsfarben geflaggt wird. Der Eingriff der Befragungsmacht in eine innerdeutsche Angelegenheit hat vielfach zur Folge gehabt, daß überhaupt nicht geflaggt worden ist.

Der Notenwechsel mit Polen.

Die polnische Regierung ist dreist genug gewesen, in einer schriftlich überreichten Erklärung die Reichsregierung auf das formale Recht bei der Ausweisung der deutschen Östanten hinzuweisen. Berlin hat sofort und schlagend geantwortet, daß hier nicht um das formale Recht gekümmert werde, sondern um Fragen der Menschlichkeit. Die größte Dreistigkeit der Polen aber besteht darin, daß sie eine vollkommen falsche Behauptung über die Rückkehr der polnischen Östanten aufgestellt haben. Nicht alle haben bereits Deutschland verlassen, sondern erst der vierte Teil! Aber die anderen müssen nun allerdings nachfolgen.

Polnische Wirtschaft.

Die plötzliche Abberufung des polnischen Botschafters in Washington, Broblewski, hat in Warschau zu sehr verächtlichen Gerüchten Anlaß gegeben, die behaupten, daß Broblewski, der, ohne Vermögen zu besitzen, sich eine Villa in Biarritz gekauft hat, im Zusammenhang mit den Anleiheverhandlungen betrogen worden sei. Für einen Botschafter immerhin ein nicht alltäglicher Vorgang. Doch in Polen ist in dieser Beziehung alles möglich. Hat doch kürzlich die Kontrollkommission einen Bericht erstattet, aus welchem hervorgeht, daß Polen heute noch nicht weiß, wieviel Wald Staatsbesitz ist. Ohne daß Rente oder Verkäufe vorgenommen wurden, ist die Fläche 1922 mit 473 000, 1924 mit 386 000, 1925 mit 375 000 Hektar bekannt gegeben. Bei der Prüfung der Lieferungsverträge des polnischen Kriegsministeriums wurde festgestellt, daß die Gesandte meist Saltpart mit den Lieferanten gemacht wurden und daß „unkandidige“ Provisionssummen gegeben wurden. „Polen besteht durch seine Unordnung“ so lautet ein altes polnisches Sprichwort.

Die Besprechungen in London.

Briand in London.

Der Londoner Berichterstatter des W. T. S. erzählt, daß der bisherige Verlauf der Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain als günstig bezeichnet werden kann. Als das Hauptmerkmal der französischen Note wird die Tatsache bezeichnet, daß sie sich nicht an gewisse in der deutschen Note aufgeführte Punkte stark anlehnt, sondern der Entwurf der französischen Antwortnote erkennen mit Verneinung den verschuldeten Charakter der deutschen Note an und drückt die Hoffnung aus, daß jetzt das Ende des schriftlichen Meinungsaustausches erreicht ist und daß bald mündliche Verhandlungen beginnen könnten. Es ist nicht anzunehmen, daß das Wort „Konferenz“ gebraucht wird. Was die deutschen Bemerkungen über die Rückwirkungen des Abchlusses eines Sicherheitspaktes auf die Rheinlandbesetzung betreffe, so werde in der französischen Note angedeutet werden, daß der Sicherheitspakt keine Beeinträchtigung der Bestimmungen des Friedensvertrages darstellen darf. Weiter verlautet, daß die Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain wahrscheinlich zur schriftlichen Niederlegung des gemeinsamen Standpunktes der Alliierten führen werden und zwar in der Form eines „embryonalen Protokolls“. Man betont jedoch, daß dies keineswegs eine endgültige Stellungnahme der Alliierten gegenüber Deutschland ist, sondern nur einen Versuch darstellt, zu einer gemeinsamen Auffassung der Alliierten über diese Frage zu gelangen, deren endgültige Lösung nur unter Mitarbeit Deutschlands auf einer Konferenz zustande kommen kann. Nach einer weiteren Meldung hofft man, daß es möglich sein werde, die Zusammenkunft schon zu beendigen. Die geistige Aussprache war, wie verlautet, der Erörterung der französischen Einwände gegen die deutschen Vorschläge in der Sicherheitsfrage gewidmet. Ueber die Form und den Inhalt der französischen Antwortnote, die mit Kenntnis und Billigung der britischen Regierung abgefaßt werden soll, stimmen Meinungsverschiedenheiten nicht mehr zu bestehen.

Briand über die Ergebnisse seiner Londoner Reise.

Briand, der gestern Abend die englischen und französischen Pressevertreter empfing, war bester Laune und antwortete ausführlich auf alle Fragen, die an ihn gerichtet wurden. Er betonte, daß er über den erzielten Fortschritt sehr befriedigt sei. Chamberlain und er hätten die Antwortnote an Deutschland Wort für Wort durchgegeben. Die Besprechungen seien allerdings noch nicht abgeschlossen, aber man hoffe, sie spätestens am Mittwoch beendigen zu können. Briand erklärte wörtlich: „Nun, was ich Ihnen sagen kann,

ist, daß ich sehr befriedigt bin und daß ich am Donnerstag nach Paris zurückzufahren gedenke.“

Eine ziemlich kurze Antwort.

Paris. Der Londoner Kanadavertreter berichtet: Die ziemlich kurze Antwort an Deutschland behandle die Gesamtheit der Fragen und vermeide die Möglichkeit von Kontroversen. Sie werde der italienischen, der belgischen und der japanischen Regierung übermittelt und danach Deutschland durch den französischen Botschafter in Berlin zugestellt werden. Bezüglich der Einladung Deutschlands zu der vorbereitenden Sitzung hege man noch Zweifel, aber man sei in London der Ansicht, daß es notwendig wäre, eine derartige vorbereitende Sitzung noch vor der Zusammenkunft des Völkerbundes einzuberufen. In der Nachmittags-Sitzung war, wie Havas weiter meldet, der wichtigste Punkt die Anwendung der Sanktionen gegen Deutschland oder genauer das Verfahren, das dieser Anwendung vorausgehen würde. Die französischen und britischen Diplomaten hätten sich bemüht, eine beide Regierungen und die öffentliche Meinung beider Länder befriedigende Formel zu finden. Weiter sei habe man durch gegenseitige Konzessionen einander näher zu kommen versucht. Diese Bemühungen seien nicht vergebens gewesen. Es dürfte sich darum handeln, ein Kompromiß zu finden, das es Frankreich erlaube würde, in gewissen Fällen, die den Charakter des casus belli tragen, unmittelbar zu handeln, und das zugleich eine Unterscheidung zwischen einer Verletzung der Grenzen und einem Einfall in die besetzte Zone mache würde. Es sei angebracht, die Einstimmigkeit der Franzosen und Engländer für eine Ablehnung dieser Fälle und für eine Definition dieser beiden Angriffe herzustellen. Es sei wahrscheinlich, daß das Sanktionsverfahren durch eine Definition dieser Art festgelegt werde.

Außenpolitische Disposition der deutschen Regierung.

Berlin. Da man in den Kreisen der Reichsregierung mit einem baldigen Eintreffen der Antwort der alliierten Regierungen auf die letzte deutsche Sicherheitsnote rechnet, wird das Reichskabinett auch nach den Reichstagsferien noch beschaffen bleiben, um die außenpolitische Lage zu prüfen. Gegen Ende August gedenkt der Außenminister Dr. Stresemann einen kurzen Erholungsurlaub anzutreten, den er dazu ausnützen will, um mit einflussreichen politischen Persönlichkeiten Rücksprache zu nehmen. Auch der Reichskanzler Dr. Lohse gedenkt alsbald nach dem Eintreffen der alliierten Note seinen Urlaub anzutreten.

Freitag Vertagung des Reichstages.

Wie wir hören, sind die Regierungsparteien übereingekommen, die Vertagung des Reichstages noch am Freitag herbeizuführen, da der Sonnabend katholischer Feiertag ist. Der Oberrücktritt der äußersten Linken gegenüber wollen die Regierungsparteien mit strengsten Maßnahmen vorgehen, um eine weitere Verschleppung der Beratungen zu verhindern. Man hofft, daß es auch möglich sein wird, die Annahmefrage am Freitag zu verabschieden. In den Kreisen der Demokraten und Sozialdemokraten herrscht noch immer große Erregung wegen der parlamentarischen Niederlage vom Montag, sodas beide Parteien beabsichtigen, vor der dritten Lesung der Zollvorlage eine gemeinsame Protesterklärung abzugeben.

Beratungen über die Wirtschaftskrise.

Auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers Dr. Meißner wird das Reichskabinett in den nächsten Tagen in eingehende Beratungen über die ersten Anzeichen einer sehr schweren Krise der deutschen Wirtschaft eintreten. Wie wir hören, ist beabsichtigt, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht sowie Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Großhandels zu diesen Beratungen hinzuzuziehen. Die Gerüchte über die Möglichkeit einer finanziellen Stützungsaktion durch die Reichsregierung werden von maßgebender Seite energisch dementiert. Von Seiten der Regierung könnten lediglich organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, um eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise zu verhindern.

Finanzielle Schwierigkeiten beim Ausbau des Oberländischen Kanals.

Auf eine kleine Anfrage Deutscher Volksparteilicher Preussischer Landtagsabgeordneter, in der der Ausbau des Oberländischen Kanals und seine Verlängerung bis Altenstein befragt wurde, erteilt der preussische Minister für Landwirtschaft die Antwort, daß der Bau neuer Wasserstraßen sowie der Um- und Ausbau bestehender Anlagen auf das Reich übergegangen sei. Dieses steht sich jedoch, wie der Reichsverkehrsminister auf Anfrage mitgeteilt hat, bei seiner wirtschaftlichen Lage nicht imstande, neue erhebliche finanzielle Lasten zu übernehmen, die in diesem Falle mehr als 20 Millionen RM. betragen würden. Außerdem hält es der Reichsverkehrsminister für richtiger, anderen stützungsbedürftigen Kanälen bezüglich der Verbesserung von Wasserstraßen zunächst nachzukommen.

Die Neubesezung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete.

Wie neuerdings in den parlamentarischen Kreisen verlautet, soll der Zentrumsabgeordnete von Guérard nicht mehr als Minister für die besetzten Gebiete in Frage kommen, da gegen ihn aus rheinischen Zentrumskreisen Bedenken geltend gemacht worden seien. Nunmehr soll die Absicht bestehen, das Ministerium dem Zentrumsabgeordneten Dr. Raab nochmals anzubieten, der eine Vertagung in das Reichskabinett noch vor wenigen Wochen abgelehnt hatte. Mit der endgültigen Besezung des Ministeriums für die besetzten Gebiete ist kaum vor Ende September zu rechnen.

Die Verhandlungen der Ruhr- und Saarindustrie.

Essen. Bei den gestrigen Verhandlungen der Ruhrindustrie mit Vertretern der Saarwerke konnte eine Einigung über die Frage der Einfuhr des saarländischen Kontingents nach Deutschland nicht erzielt werden. Da die deutschen Stahlabgabegesellschaften eine Produktionsbeschränkung um 35 v. D. vorgenommen haben, soll dementsprechend auch das nach Deutschland bestimmte Kontingent von 836 000 Tonnen um diesen Prozentsatz eingeschränkt werden. Die saarländische Industrie leidet diese Verabredung des Kontingents ab und will nur eine Einschränkung um 5 Prozent zusetzen. Die deutsche Industrie ist der Ansicht, daß jede auf diese Weise vom Saargebiet ausgeführte Tonne die deutsche Industrie schädige, denn hierdurch werde der lothringischen Industrie ein Teil der deutschen Zollbelastung abgenommen. Die Saarwerke werden in den nächsten Tagen in Saarbrücken über diese Fragen beraten.

Die belgische Schuldenregelung an Amerika.

Der belgische Gesandte in Washington verhandelte mit der amerikanischen Schuldenkommission. Auch die übrigen belgischen Delegierten hatten in Fragen der belgischen Schuldenregelung mit Amerika lange Konferenzen mit Kellogg, dem Minister des Aeußeren und mit Mellon, dem amerikanischen Schatzamtsminister. Es wurde von belgischer Seite das Versprechen gegeben, so bald als möglich die Abfertigung der belgischen Schulden an Amerika in die Wege zu leiten. Doch hat man um größtmögliche Schonung im Hinblick auf die schlechte Finanzlage des belgischen Staates.